Zuweisungsquote zu zwei Drittel erfüllt
Landkreis Hameln-Pyrmont muss noch rund 100 Flüchtlinge unterbringen – vornehmlich in Privatwohnungen



Von Frank W e b e r

Donnerstag 13. November 2014 - **Hameln/Bad Münder (wbn). In der Diskussion um die Unterbringung von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern nennt der Landkreis Hameln-Pyrmont jetzt konkrete Zahlen. Im Juni 2014 hatten die Landes-aufnahmebehörden dem Landkreis Hameln-Pyrmont 303 Personen zur Unterbringung zugewiesen. Etwa 200 von ihnen haben mittlerweile ein neues Zuhause im Weserbergland gefunden, rund 100 muss der Landkreis nun noch quartieren.**

Die Unterbringung soll „ausschließlich dezentral“ erfolgen – also in gewöhnlichen Wohnungen. Zentrale Unterbringungseinrichtungen seien nicht geplant. „Bislang war es noch immer möglich, freien Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt zu finden“, heißt es aus dem Kreishaus. Die Nutzung von Einrichtungen in öffentlicher Hand wie der ehemaligen Linsingen-Kaserne scheint damit vom Tisch zu sein.

(Zum Bild: War im Gespräch, kommt aber offenbar vorerst nicht für die Flüchtlingsunterbringung in Frage: Die ehemalige Astrid-Lindgren-Schule in Bad Münder. Foto: Weber)

Fortsetzung von Seite 1

Dennoch war nach Informationen der Weserbergland-Nachrichten.de bereits ein Objekt in Bad Münder für die mögliche Unterbringung von Flüchtlingen ins Auge gefasst worden, nämlich die ehemalige Astrid-Lindgren-Schule. Dies bestätigte Bürgermeister Hartmut Büttner (SPD) auf Nachfrage. Das Gebäude am Justus-von-Liebig-Weg befindet sich derzeit im Eigentum des Landkreises Hameln-Pyrmont. „Es gibt Überlegungen des Landkreises, dieses Gelände zu nutzen“, sagte Büttner am Dienstag. Vorsorglich betonte jedoch auch er, dass es keinesfalls um die Errichtung eines zentralen Aufnahmelagers oder einer Sammelunterkunft gehe. Die Einrichtung käme nur dann in Frage, „wenn der Wohnungsmarkt nichts mehr hergibt“.

Weitere Entwicklung offen

Wie sich die Situation nun weiter entwickelt, ist offen. Faktoren, von denen die Entwicklung abhängt, sind unter anderem die Zahl der neu hinzukommenden Flüchtlinge und die Festlegungen der Landesaufnahmebehörden, die für eine gleichmäßige Verteilung der Menschen sorgen müssen. Am Mittwoch war dem Landkreis bekannt geworden, dass die Zuweisungsquoten voraussichtlich „im Dezember dem aktuellen Bedarf entsprechend erhöht werden“. Es sei jedoch noch keine konkrete Steigerungsrate benannt worden.

Landkreis-Sprecherin Sandra Lummitsch: „In Kooperation mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden überlegen wir natürlich immer wieder verschiedenste Optionen, unser vornehmliches Ziel ist aber, mit der dezentralen Unterbringung allen Bedarfen gerecht zu werden“. Dies sei bisher möglich gewesen, weshalb nun zunächst der Umfang der Quotenerhöhung abzuwarten bleibe.

Land reagiert auf zunehmende Flüchtlingsströme

Derweil gibt es landesweit drei Sammelunterkünfte für die sogenannte Erstaufnahme von Flüchtlingen – in Braunschweig, Bramsche und Friedland. Nach einem vierten Standort wird aktuell mit Hochdruck gesucht. Dafür in Frage kommende Objekte benennt das

Niedersächsische Innenministerium nicht. Heute wurde allerdings bekannt, dass als Reaktion auf eine stark gestiegene Zahl an Asylanträgen zunächst ein ehemaliges Familienhotel in Hildesheim als weitere Erstaufnahme-Herberge dienen soll. Diese neue „Außenstelle“ der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen bietet Platz für 174 Kinder, Frauen und Männer und erweitert die Gesamt-Kapazitäten um mehr als zehn Prozent. Innenminister Boris Pistorius bezeichnete den Schritt als „eine erste Entlastung“.